



Antrag Nr.: A0844/14
Datum: 17.01.2014

A N T R A G SPD-Fraktion

Gegenstand:

Konzept zur Verwendung der Gagfah-Mittel für soziale Projekte

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

- 1.) ein integriertes Konzept für die Verwendung der 14,4 Millionen Euro vorzulegen, die gemäß dem Vergleich mit der WOBA-Gruppe mindestens für soziale Projekte zur Verfügung stehen sollen.
- 2.) anzustreben, die eingesetzten Mittel durch Gewinnung von Fördermitteln zu potenzieren und dafür Vorschläge zu erarbeiten. Insbesondere ist zu prüfen, welche Programme der Städtebauförderung sowie aus dem EU-Kohäsionsfonds (EFRE, ESF) dafür genutzt werden können.
- 3.) Übergeordnetes Ziel des Konzeptes soll ein möglichst effektiver Mitteleinsatz sein. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - a) Die Mittel sollen schwerpunktmäßig in Gebieten zum Einsatz kommen, wo Aufwertungsmaßnahmen aus städtebaulicher und/oder sozialer Sicht besonders notwendig sind - zum Beispiel in Quartieren mit hohem Anteil noch unsanierter Wohnungsbestände oder belegungsgebundener Wohnungen.
 - b) Mit den Mitteln sollen nicht nur investive, sondern auch nicht bauliche Maßnahmen gefördert werden, zum Beispiel in den Bereichen Jugendhilfe, Bildungsförderung, Integration und zwar zusätzlich und nicht als Ersatz für ohnehin geplante Fördermaßnahmen.
 - c) eine ausreichende Ausstattung der bestehenden Quartiersmanagementstrukturen in Gorbitz und Prohlis mindestens auf dem bisherigen Niveau zu sichern und dafür bei Bedarf Mittel aus dem Gagfah-Vergleich zur Verfügung zu stellen. Für den Stadtteil Johannstadt ist möglichst noch 2014, spätestens aber 2015 ein Quartiersmanagement einzurichten.

- 4.) Das Konzept ist bis zum Juni 2014 dem Stadtrat vorzulegen. Die Mittel für die sozialen Projekte sind im nächsten Haushaltsplan klar auszuweisen.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	beratend
Ortsbeirat Altstadt		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Cotta		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Prohlis		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Leuben		öffentlich	beratend
Ortsbeirat Plauen		öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Gemäß dem im März 2012 beschlossenen Vergleich muss die WOBA-Gruppe insgesamt 36 Millionen Euro in neun Jahresraten von je vier Millionen Euro an die Stadt Dresden zahlen. In Ziffer 15 des Vertrages ist festgelegt, dass mindestens 40 Prozent davon für soziale Projekte verwendet werden, die vorrangig einen erkennbaren Bezug zum Bestand von WOBA-Wohnungen haben sollen. Bislang ist nicht näher festgelegt, wofür die Mittel verwendet werden sollen. Angesichts der Summe und im Sinne eines möglichst effektiven Mitteleinsatzes ist es aber sinnvoll, ein integriertes Konzept zu erarbeiten und den Mitteleinsatz in Gebieten mit hohem städtebaulichen Entwicklungsbedarf zu konzentrieren. Dazu gehören die Quartiere mit hohem Anteil an belegungsgebundenen Wohnungen oder unsanierten Gebäuden. Maßnahmen der Wohnumfeldgestaltung, zur Sanierung/Erneuerung der sozialen Infrastruktur und zur Förderung des sozialen Zusammenhalts können hier besonders viel erreichen. Vorbild für den integrierten Ansatz kann das Programm „Soziale Stadt sein“.

2012 wurde die erste Rate für die Sanierung von Schulen verwendet. Dabei wurde die Chance genutzt, kurzfristig noch zur Verfügung stehende Fördermittel aus dem Stadtumbauprogramm Ost zu gewinnen. Die Verwendung der Mittel für Schulsanierungsprojekte, die noch nicht im Schulbauprogramm verankert waren und welche in Gebieten mit städtebaulichen Aufwertungsbedarf lagen, war gut und richtig. Man kann sich aber nicht darauf verlassen, dass derartige Chancen sich jedes Jahr bieten und die Erfahrung zeigt auch, dass es für einen solchen Fall gut ist, vorbereitet zu sein und Maßnahmevorschläge nicht erst erarbeiten zu müssen. Darüber hinaus sollten die Mittel nicht nur für investive Maßnahmen verwendet werden. Evaluierungen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ haben gezeigt, dass gerade die Kopplung mit nicht investiven Maßnahmen die positive Wirkung der eingesetzten Mittel deutlich erhöhen kann. Hier sei auch auf die sozialräumliche Analyse und die Ergebnisse des Dresdner Bildungsberichtes verwiesen. Ohnehin kann der im Vertrag verwendete Begriff „soziale Projekte“ sicherlich nicht eng gefasst nur auf Infrastrukturprojekte bezogen sein, so wichtig diese auch sind.

Ein gutes Quartiersmanagement ist ein wichtiger Motor für die Stärkung der vorhandenen Handlungsressourcen in den Stadtquartieren, die Koordination von Projekt- und

Fördermaßnahmen, die Vernetzung der Akteure vor Ort und für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Infolge der Kürzungen von Städtebauförderungsmitteln auf Bundesebene musste die Ausstattung der bestehenden Quartiersmanagementstellen in den „Soziale Stadt“-Gebieten in Gorbitz und Prohlis schon gekürzt oder alternativ finanziert werden. Auch das Budget zur Förderung von Kleinprojekten vor Ort ist äußerst knapp bemessen (10.000 Euro). Zum Erhalt leistungsfähiger Quartiersmanagementstrukturen in den nächsten Jahren bedarf es darum einer Absicherung und möglichst Aufstockung der Förderung.

Für die Johannstadt gab es in den vergangenen Jahren mehrere Versuche, ein Programm der Städtebauförderung einzurichten (Soziale Stadt, Aktive Ortsteilzentren). Dabei war auch die Schaffung eines Quartiers- bzw. Geschäftsstraßenmanagements mit angedacht. Leider blieben die Versuche ohne Erfolg, doch der Bedarf für die Einrichtung eines Quartiersmanagements ist in den Anträgen ist da und in den Anträgen klar nachgewiesen. Zudem haben leistungsfähige Partner (WGJ, Gagfah) ihre Unterstützung für ein Quartiersmanagement öffentlich bekundet.

Dr. Peter Lames